

Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern

Christoph Hagen
Werner Heinz



Deutsches Institut für Urbanistik

Difu
Papers

März 2009

Inhalt

1.	Ausgangslage	3
2.	Untersuchungsansatz.....	3
3.	Untersuchungsergebnisse 1: Literatur- und Internetrecherche	4
3.1	Kommunen im Verwaltungsaufbau	4
3.2	Struktur und Aufgaben der kommunalen Spitzenverbände	9
3.3	Forschungs- und Beratungsinstitute.....	9
4.	Untersuchungsergebnisse 2: Befragung der kommunalen Spitzenverbände .	13
4.1	Aktuelle Themen der Städte	13
4.2	Kommunale Herausforderungen für die nähere Zukunft	13
4.3	Partner für Forschungs- und Beratungsleistungen	14
4.4	Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten.....	16
5.	Ausblick: Intensivierung des kommunalen Erfahrungsaustauschs auf internationaler Ebene	17
6.	Literaturverzeichnis.....	18

Der Text ist die Kurzfassung einer Studie, deren Langfassung als Online-Version veröffentlicht wird;
siehe <http://www.difu.de/publikationen/>

1. Ausgangslage

Städte und Gemeinden in Europa stehen vor einer Vielzahl von Veränderungen und Herausforderungen. Diese betreffen ökonomische, soziale und ökologische Rahmenbedingungen wie auch kommunale Handlungsfelder, Strukturen, Organisations- und Arbeitsformen. Infolge unterschiedlicher nationaler Entwicklungspfade und Verfassungssysteme weisen die Rollen und Handlungsspielräume von Städten und Gemeinden zwar deutliche Unterschiede auf, dennoch besteht inzwischen ein nationalstaatenübergreifender, von maßgeblichen kommunalen Vertretungskörperschaften wie dem Deutschen Städtetag (DST), dem Österreichischen Städtebund oder Städtenetzwerken wie EUROCITIES immer wieder betonter Konsens, der auf eine Stärkung der kommunalen Position zielt.

Die Kommunen bedürfen in dieser Situation – und dies nicht nur in Staaten, in denen Städte und Gemeinden erst vor vergleichsweise kurzer Zeit den Status selbstständiger Akteure erhalten haben – einer doppelten Unterstützung: zum einen in Form einer politischen Lobby-Institution zur Vertretung kommunaler Interessen gegenüber nationalen und supranationalen Akteuren, zum anderen in Form einer fach- und sachgerechten Betreuung und Beratung im Hinblick auf eine Vielzahl sich ändernder sektoraler Herausforderungen und Entwicklungen.

Während die politische Repräsentanz von Städten und Gemeinden in der Regel durch einen oder mehrere kommunale Spitzenverbände gewährleistet ist, werden Beratungs- und Betreuungsleistungen von verschiedenen Seiten zur Verfügung gestellt: von staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen, von Hochschulen und privaten Büros sowie in einigen EU-Beitrittsländern auch von international tätigen Beratern. Diese Einrichtungen und Akteure sind vielfach nur sektoral und nicht auf das breite kommunale Handlungsspektrum ausgerichtet. Oft stehen sie zudem für Interessen, die mit denen der kommunalen Ebene nur ansatzweise deckungsgleich sind. Ein Institut wie das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), dessen Arbeit als kommunales Forschungs- und Beratungsinstitut nicht nur durch die Belange der Städte und Gemeinden bestimmt, sondern auch an deren vielfältigen sektoralen Bedarfen und Problemen orientiert ist, gilt daher oft als wünschenswertes Vorbild. Besonderes Interesse wurde hier in jüngerer Zeit von Vertretern französischer, schweizer, aber auch ungarischer Städte geäußert.

Ziel einer im Deutschen Institut für Urbanistik unter dem Titel „Difu goes Europe – Kommunen und ihre

Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern“ durchgeführten Studie war es angesichts dieser Situation, in mehreren Nationalstaaten Europas zu untersuchen,

- mit welchen konkreten Herausforderungen und Problemen die dortigen Kommunen konfrontiert sind,
- welche Stellung und Funktion Städte und Gemeinden im jeweiligen Verwaltungsaufbau bzw. Verfassungssystem einnehmen,
- welche kommunalen Vertretungskörperschaften/Lobby-Organisationen bestehen,
- welche Forschungs- und Beratungseinrichtungen zur Verfügung stehen,
- welche Lücken es zwischen kommunalen Nachfragen und diesen Angeboten gibt und
- ob und inwieweit Bedarf an einem Einrichtungstyp wie dem Deutschen Institut für Urbanistik besteht und wie dieser im Einzelnen formuliert wird.

2. Untersuchungsansatz

Zur Beantwortung der Untersuchungsfragen wurde im Zeitraum September 2007 bis April 2008 im Deutschen Institut für Urbanistik von Christoph Hagen und Werner Heinz eine Studie durchgeführt, die aus zwei Teilen bestand: einer Literatur- und Internetrecherche sowie einer schriftlichen Befragung der kommunalen Spitzenverbände in 14 ausgewählten europäischen Nationalstaaten.

Maßgebliche Kriterien für die zusammen mit dem Deutschen Städtetag vorgenommene Auswahl dieser Staaten waren eine ausgewogene Verteilung im europäischen Raum sowie das Vorhandensein einer vielfältigen Städtelandschaft. Kleinere Staaten mit einer vergleichsweise geringen Zahl von Städten (wie z.B. Portugal, Belgien, Baltische Staaten) wurden nicht in die Untersuchung einbezogen.

Von den osteuropäischen Beitrittsländern waren zunächst nur Ungarn und Polen vorgesehen. Angesichts der Tatsache, dass gerade in diesen Ländern die kommunalen Strukturen vergleichsweise gering entwickelt und daher größere Unterstützungsbedarfe zu erwarten sind, wurden mit der Tschechischen Republik und Rumänien zwei weitere Beitrittsländer aufgenommen¹.

¹ Es war nicht auszuschließen, dass gerade in den Beitrittsländern die Zeit des Umbruchs und der Neuorientierung genutzt wurde, neue innovative Strukturen aufzubauen.

Insgesamt wurden folgende Staaten in die Untersuchung einbezogen: Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn. In diesen Staaten wurden 20 kommunale Verbände einer schriftlichen Befragung unterzogen, in der es darum ging, Angaben zu erhalten zu

- dem jeweiligen Verband (Mitglieder, Beschäftigtenzahl, Finanzierung, Aufgabenspektrum),
- den aktuellen Problemen der Städte wie auch den wichtigsten künftigen Herausforderungen,
- der Forschungs- und Beratungssituation der Städte,
- den Institutionen, mit denen Städte und/oder Verbände kooperieren, und nicht zuletzt
- möglichen Verbesserungsvorschlägen in Bezug auf die gegenwärtige Situation.

3. Untersuchungsergebnisse 1: Literatur- und Internetrecherche

3.1 Kommunen im Verwaltungsaufbau

Fläche und Einwohnerzahlen
der Untersuchungsländer

Die 14 Staaten der Untersuchung unterscheiden sich bezüglich ihrer Fläche sowie ihrer Einwohnerzahl erheblich. Die Landesflächen reichen von ca. 41 000 qkm (Niederlande, Schweiz, Dänemark) bis zu 547 000 qkm (Frankreich). Die Einwohnerzahlen bewegen sich zwischen fünf Millionen (Dänemark, Finnland) und über 60 Mio. (Frankreich). Jeweils etwa ein Drittel der untersuchten Länder lässt sich als bevölkerungsreich, als bevölkerungsarm oder im mittleren Bereich einordnen.

Tabelle 1: Fläche und Einwohnerzahlen der Untersuchungsländer

	Fläche (in qkm)	Einwohner (in Mio.)	Einwohnerdichte (Ew./qkm)
Dänemark	43.094	5,4	125,30
Finnland	338.145	5,2	15,38
Frankreich	547.026	60,6	110,78
Großbritannien	243.000	60,0	246,91
Italien	301.277	58,5	194,17
Niederlande	41.528	16,3	392,51
Österreich	83.858	8,2	97,78
Polen	312.685	38,2	122,17
Rumänien	237.500	21,7	91,37
Schweden	449.964	9,0	20,00
Schweiz	41.293	7,5	181,63
Spanien	505.992	43,0	84,98
Tschechien	78.866	10,2	129,33
Ungarn	93.030	10,1	108,57
Durchschnitt	236.947,29	27,21	143,61

Quellen: Fläche: Schley u.a. 2004, S. 229 ff.; Einwohner: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angaben für das Jahr 2005); Einwohnerdichte: eigene Berechnung.

Auch in Bezug auf ihre Fläche lassen sich drei Gruppen von Staaten unterscheiden: kleinere, mittlere und größere Länder mit einem deutlichen Überhang bei der Gruppe der Kleineren (diese machen etwa die Hälfte aus). Die Einwohnerdichte der Untersuchungsländer reicht von 15 Ew./qkm in Finnland bis zu 392 Ew./qkm in den Niederlanden.

Unterschiede bestehen auch beim Verstädterungsgrad. Dieser liegt in Rumänien bei etwa 54 Prozent, in Finnland und Polen bei knapp über 60 Prozent, in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Schweden hingegen bei über 80 Prozent.

Verwaltungsaufbau

In allen in die Untersuchung einbezogenen Staaten, von denen neun als Republiken (Finnland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechien und Ungarn) und fünf als Monarchien (Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Schweden, Spanien) konstituiert sind², besteht ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem. Zwei der Staaten sind Föderalstaaten (Österreich und die Schweiz), die zwölf anderen so genannte Einheitsstaaten. Vier von diesen – Dänemark, Schweden, Großbritannien und Tschechien – weisen einen zweigliedrigen Staatsaufbau auf, die anderen acht verfügen jeweils über drei Ebenen.

Tabelle 2: Verwaltungsaufbau der untersuchten Staaten

	1. Ebene ^{a)}	2. Ebene ^{b)}	3. Ebene ^{c)}
Dänemark	-	5 ^{d)}	98 ^{e)}
Finnland ^{f)}	20	5	446
Frankreich	26	100	36.784
Großbritannien	3	34	404 ^{g)}
Italien ^{h)}	20	103	8.101
Niederlande	-	12	458
Österreich	9	-	2.358
Polen	16	373 ⁱ⁾	2.4789 ^{j)}
Rumänien ^{k)}	8	41	3.136
Schweden	-	20	290
Schweiz	26 ^{l)}	-	2.763 ^{m)}
Spanien ⁿ⁾	19	50	8.109
Tschechien	-	14	6.249 ^{o)}
Ungarn	7 ^{p)}	19	3.145

Quelle: Falls nicht anders angegeben: Dexia 2006, S. 6 (Angaben für das Jahr 2005).

- a) Regionen: Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn
Provinzen: Niederlande
„devolved nations“ (Schottland und Wales), „devolved territory“ (Nordirland)
Länder: Österreich
Kantone: Schweiz
- b) Departments: Frankreich
Kreise: Großbritannien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn
Provinzen: Finnland, Italien, Niederlande, Spanien
Regionen: Dänemark
- c) Städte und Gemeinden
- d) Ministry of the Interior and Health 2005, S. 13.
- e) Ebenda.
- f) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 21.
- g) Drei Typen von „unitary authorities“: Großstädtische Distrikte, London boroughs (32 Londoner Bezirke und City of London), nicht-großstädtische Distrikte; Aufteilung der Zuständigkeiten auf zwei Verwaltungsebenen (counties und districts) ohne hierarchisches Verhältnis bei zweistufigen Kommunalverwaltungen; vgl. Johnson 1988, S. 23 ff.
- h) Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.
- i) Swianiewicz 2005, S. 102 f.
- j) Ebenda.
- k) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 153.
- l) 20 Voll- und 6 Halbkantone; Linder 2003, S. 511.
- m) Bundesamt für Statistik (BFS) 2008.
- n) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 16 f.
- o) Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden: <http://www.smocr.cz>.
- p) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 24 f.

² Vgl. Schley u.a. 2004.

Zahl und Größe der Kommunen

In Bezug auf die Zahl ihrer Städte und Gemeinden lassen sich die Staaten der Untersuchung zwei Gruppen zuordnen:

- zum einen Staaten mit einer sehr großen Zahl von Kommunen (mehrere Tausend) bei einer relativ geringen durchschnittlichen Einwohnerzahl (weniger als 10 000). Zu dieser Gruppe gehören die romanischen Länder Frankreich, Italien und Spanien, die osteuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien und Rumänien sowie Österreich und die Schweiz,
- zum anderen Staaten wie den skandinavischen Ländern oder Großbritannien mit relativ großen Kommunen bei einer nur geringen Gesamtzahl.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen ist in Großbritannien mit ca. 148 000 Einwohnern mit Abstand am größten, gefolgt von Dänemark mit 55 000 und den Niederlanden mit ca. 35 000 Einwohnern.

Italien und Spanien weisen jeweils zwei Millionenstädte auf, in sieben weiteren Staaten gibt es jeweils eine Stadt mit mehr als einer Million Einwohnern. Über eine relativ große Zahl von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern (jeweils über 100) verfügen Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien. In allen anderen in die Untersuchung einbezogenen Staaten ist die Zahl der Städte und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern vergleichsweise gering.

Tabelle 3: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen

	Zahl der Gemeinden	Durchschnittl. Einwohnerzahl	Verstädterungsgrad (in %)	Gemeinde-Größenklassen				
				≥ 1 Mio.	500.000 – 999.000	100.000 – 499.999	50.000 – 99.999	bis 49.999
Dänemark	98	55.102	85,6	-	1	3	4	90
Finnland	446	11.659	61,1	-	1	5	9	417
Frankreich	36.784	1.648	76,7	1	1	35	61	36.686
Großbritannien	404	148.515	89,7	1	2	55	109	237
Italien	8.101	10.554	67,6	2	4	37	101	7.957
Niederlande	458	35.590	80,2	-	2	23	40	397
Österreich	2.358	3.478	66,0	1	-	6	6	2.345
Polen	2.478	15.416	62,1	1	4	34	61	2.378
Rumänien	3.136	6.920	53,7	1	-	24	21	3.090
Schweden	290	31.035	84,2	-	1	12	32	245
Schweiz	2.763	2.714	75,2	-	-	5	3	2.755
Spanien	8.109	5.303	76,7	2	4	53	62	7.989
Tschechien	6.249	1.632	73,5	1	-	4	16	6.228
Ungarn	3.145	3.211	66,3	1	-	8	12	3.124

Quellen: Vgl. Tabelle „Verwaltungsaufbau der untersuchten Staaten“ (Angaben zur 3. Ebene); Durchschnittliche Einwohnerzahl: eigene Berechnung; Datengrundlage: Zahl der Gemeinden (s.o.); Einwohner: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angaben für das Jahr 2005); Verstädterungsgrad: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division 2006, S. 33 (Angaben für das Jahr 2005); Gemeinde-Größenklassen: <http://www.citypopulation.de>.

Unterschiedliche kommunale Verfassungssysteme

Alle in die Untersuchung einbezogenen Staaten verfügen über lokale Gebietskörperschaften, die ein Recht auf Selbstverwaltung bezüglich ihrer An-

gelegenheiten besitzen³. Beim Grad der Autonomie, der den Kommunen in den einzelnen Ländern zugestanden wird, bestehen allerdings deutliche Unterschiede⁴. Eine Ausnahme stellt Großbritannien dar:

³ Martínez Soria 2007, S. 1016.

⁴ Martini 1992, S. 203.

aufgrund des Fehlens einer schriftlichen Verfassung gibt es hier keine verfassungsmäßige Garantie der kommunalen Selbstverwaltung⁵.

Insgesamt lassen sich in Europa vier unterschiedliche Kommunalverfassungssysteme unterscheiden⁶: Das skandinavische Modell der unabhängigen Gemeinde, das französische Modell der staatlich überwachten Gemeinde, die Gemeinde als Verwaltungseinheit in Großbritannien (Praxis des „local self-government“) sowie das deutsch-schweizer Modell der selbstverwalteten Gemeinde⁷.

In den skandinavischen Ländern können die Gemeinden auf eine lange Tradition kommunaler Selbstverwaltung seit dem 14. Jahrhundert zurückblicken. Sie sind weitgehend unabhängig von der staatlichen Ebene; die Möglichkeiten des Gesetzgebers, auf der kommunalen Ebene einzugreifen, sind deutlich eingeschränkt. Das Ergebnis ist eine umfassende Selbstverwaltung, die auch die innere Kommunalverfassung (Wahlsystem, Bestimmungen zu den exekutiven Organen) einbezieht. Mit Ausnahme der dänischen Gemeinden besitzen skandinavische Kommunen eine in der Verfassung garantierte Allzuständigkeit. Auch der Grad der Finanzautonomie ist in den Ländern Skandinaviens sehr hoch⁸. Deutlich wird dies bei einem europaweiten Vergleich der kommunalen Einnahmenstrukturen. Danach weisen Kommunen in Schweden, Finnland und Dänemark den größten Anteil an eigenen Einnahmen auf. Groß sind auch die Zuständigkeitsbereiche der Kommunen in den skandinavischen Ländern. Ein großer Teil der öffentlichen Beschäftigung wie auch der öffentlichen Ausgaben entfallen damit auf die kommunale Ebene. Für diese Situation wurde der Begriff des „lokalen Wohlfahrtsstaats“ geprägt⁹.

Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland und der Schweiz geht bis ins 13. Jahrhundert zurück, wurde dann im 19. Jahrhundert durch die Stein-Hardenberg'schen Reformen neu belebt und ist heute umfassend verfassungsrechtlich gewährleistet. Den Kommunen, die Rechtssetzungshoheit und eine eigene Finanzhoheit besitzen, kommt in diesem Modell eine Doppelrolle zu: zum einen als de-

zentralisiert-partizipative Verwaltung, zum anderen als Teil der Staatsverwaltung¹⁰.

Das französische Modell findet sich in den romanischen Ländern Frankreich, Spanien und Italien, den Benelux-Staaten, in Griechenland, aber auch in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. Nach diesem Modell, das seinen Ursprung in der französischen Revolution hat, sind die Gemeinden in den hierarchischen Staatsaufbau integriert und werden vom Staat mit autonomen Rechten ausgestattet. Die Angelegenheiten der Kommunen werden als Teil der Staatsverwaltung verstanden¹¹. Die Zuständigkeiten der Gemeinden sind Ergebnis der Übertragung von Befugnissen durch den Staat auf die unteren Verwaltungsebenen¹². Die Gemeinden unterstehen damit einer umfassenden Staatsaufsicht. Da die Kommunen Südeuropas keine Alleinzuständigkeit für die Ausführung vieler ihrer Hauptaufgaben besitzen, kommt es in vielen Bereichen zu Überschneidungen mit der Zentralregierung. Auch bei den kommunalen Einnahmen zeigt sich eine große Abhängigkeit vom Staat und dessen Zuweisungen.

Frankreich gilt zwar als Prototyp des Zentralstaates, aber auch hier hat eine Reihe einschlägiger Reformen seit den 1980er-Jahren deutliche Veränderungen ausgelöst. So sind mit den Gesetzen zur Dezentralisierung aus den Jahren 1982 und 1983 die staatlichen Aufsichtsbefugnisse deutlich beschränkt worden, gleichzeitig ist es zu einer Ausweitung der Aufgabenbereiche der Gemeinden gekommen¹³. Eine Besonderheit der Staaten des französischen Modells ist auch die oft nur geringe Einwohnerzahl vieler Gemeinden, wodurch eine effektive Aufgabenerfüllung problematisch wird. Daher werden viele Aufgaben durch kommunale Zusammenschlüsse oder eine Kooperation kommunaler und staatlicher Akteure wahrgenommen¹⁴.

In Großbritannien existiert keine schriftliche Verfassung. Eine verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung ist daher nicht gegeben. Die Zuweisung der Aufgaben der Kommunen erfolgt durch Gesetze, es herrscht die sog. „ultra-vires-Doktrin“¹⁵. Die Gemeinden besitzen keine Allzuständigkeit. Ungeachtet dieser Bedingungen besteht eine lange Tradition der lokalen Verwaltung, in

⁵ Ebenda, S. 192; Atkinson u.a. 2007.

⁶ Hierbei wird auf die Systematik von Martínez Soria 2007 zurückgegriffen; eingehendere Darstellungen zur Kommunalpolitik und kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Vergleich: Page 1992, Page/Goldsmith 1987, Hesse 1991.

⁷ Martínez Soria 2007, S. 1018 ff.

⁸ Ebenda, S. 1019.

⁹ Rose/Stahlberg 2005, S. 83.

¹⁰ Martínez Soria 2007, S. 1020; eingehende Darstellung zur kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland: Walter-Rogg u.a. 2005.

¹¹ Martínez Soria 2007, S. 1020.

¹² Lefèvre 2000, S. 284.

¹³ Martini 1992, S. 189 f.

¹⁴ Martini 1992, S. 190.

¹⁵ Ebenda, S. 192.

der sich für die Gemeinden in der Praxis anerkannte Freiräume entwickelt haben¹⁶.

Aus dem Fehlen verfassungsmäßig garantierter Rechte und der Regelung der kommunalen Aufgaben und Kompetenzen durch Gesetze ergibt sich eine starke Abhängigkeit der Kommunen vom Parlament. Deutlich wird dies auch in der eingeschränkten kommunalen Finanzautonomie und ihrer Abhängigkeit von staatlichen Finanzaufweisungen. Die starke Abhängigkeit von der Zentralregierung wurde in besonderem Maße zwischen 1979 und 1997 spürbar: über die starke Beschneidung kommunaler Kompetenzen durch konservative Regierungen.

Kommunale Einnahmen

Ein Vergleich der Einnahmenstrukturen von Kommunen in den untersuchten Ländern zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich des Verhältnisses von eigenen Einnahmen aus Steuern und Gebühren auf der einen und staatlichen Zuweisungen auf der anderen Seite. So ist der Anteil der staatlichen Zuweisungen in den skandinavischen Ländern und der Schweiz relativ gering, die Kommunen in den Niederlanden und in Großbritannien sind hingegen in erheblichem Maße von staatlichen Zuweisungen abhängig.

Tabelle 4: Einnahmen der Kommunen (in %)

	Steuern	Gebühren	Staatliche Zuweisungen	Sonstige
Dänemark ^{a)}	59,0	19,0	22,0	-
Finnland ^{b)}	52,0	25,0	15,0	8,0 ^{c)}
Frankreich ^{d)}	45,0	33,0	31,0	-
Großbritannien ^{e)}	50,0 ^{f)}	2,0	48,0	-
Italien ^{g)}	52,5	11,9	26,0	9,6
Niederlande ^{h)}	8,0	8,0	84,0	-
Österreich ⁱ⁾	22,0	12,0	37,0 ^{j)}	30,0 ^{k)}
Polen ^{l)}	55,0	2,0	42,0	-
Rumänien ^{m)}	66,0	-	25,0	9,0 ⁿ⁾
Schweden ^{o)}	66,0	8,0	22,0	4,0
Schweiz ^{p)}	50,3	26,6	16,1	7,0 ^{q)}
Spanien ^{r)}	37,0	12,0	38,0	13,0
Tschechien ^{s)}	46,7	9,4	39,4	4,5
Ungarn ^{t)}	29,0	24,0	42,0	5,0

Quelle: eigene Zusammenstellung aus den folgenden Unterlagen:

- a) Angaben für 2004 aus: Werner/Shah 2005, S. 3.
- b) Angaben für 2002 aus: Association of Finnish Local and Regional Authorities und Ministry of the Interior 2003, S. 7.
- c) Kreditaufnahmen, andere Einnahmen.
- d) Alle Angaben zu den kommunalen Einnahmen: Borraz/Le Galés 2005, S. 16 (Angaben für Gemeinden über 10 000 Einwohner).
- e) Local Government Association o.J.
- f) 25% „council tax“, 25% „non domestic rate“.
- g) Angaben für 2005 aus: Brosio/Piperno 2007.
- h) Angaben für 1995 aus: van den Berg u.a. 1998, S. 261.
- i) Angaben für 2005 aus: Kommunalkredit Austria AG u.a. 2008.
- j) Ertragsanteile (Ertragsanteile sind Einnahmen aus dem Finanzausgleich).
- k) Einnahmen aus Leistungen, Besitz, wirtschaftlichen Tätigkeiten, Transfereinnahmen Träger öffentlichen Rechts und sonstige Einnahmen.
- l) Angaben für 2001 aus: Wegener 2003, S. 64.
- m) Angaben für 2000 aus: Pop 2002, S. 365.
- n) Unter anderem Zuschüsse für Kapitalanlagen aus externen Darlehen.
- o) Angaben für 2002 aus: Werner/Shah 2005, S. 3.
- p) Arbeit 2003, S. 57.
- q) Vermögenserträge und Konzessionen.
- r) Angaben für 2001: European Union 2007, S. 135.
- s) Angaben für 2004 aus: MF ČR 2005.
- t) Angaben für 2005 aus: OECD 2007.

16 Martínez Soria 2007, S. 1021.

3.2 Struktur und Aufgaben der kommunalen Spitzenverbände

Die Gegenüberstellung der kommunalen Spitzenverbände lässt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede erkennen. In allen Staaten der Untersuchung besteht mindestens ein kommunaler Spitzenverband, in der Hälfte der Länder sind es sogar mehrere. In Bezug auf die Gründungszeitpunkte der einzelnen Verbände lassen sich drei etwa gleich große Gruppen unterscheiden: 1. Verbände, die bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts (1900–1920) gegründet wurden, 2. solche mit Gründungszeitpunkt zwischen 1946 bis 1988 und 3. zwischen 1989 und 2007 Gegründete. Keine Gründungen gab es zwischen den frühen 1920er-Jahren und dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Initiatoren von Verbandsgründungen waren ausnahmslos kommunale Akteure: Gemeinden oder Bürgermeister. Bisweilen waren neue Verbände auch das Ergebnis des Zusammenschlusses bestehender Spitzenverbände.

Die kommunalen Spitzenverbände unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Mitarbeiterzahlen erheblich. Fünf der 20 in die Untersuchung einbezogenen Verbände beschäftigen mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, neun Verbände haben lediglich bis zu 20 Beschäftigte. Deutliche Unterschiede bestehen auch bei den Mitgliederzahlen. Zwei Verbände haben weniger als 20 Mitglieder: Die Union der polnischen Metropolen vertritt zwölf Städte, der Rumänische Bund lokaler Behörden hat nur drei Mitglieder. Bei Letzteren handelt es sich allerdings um Städteverbände mit knapp 1 000 Mitgliedsgemeinden¹⁷. Bei jeweils sechs Verbänden liegen die Mitgliederzahlen zwischen 200 und 499 bzw. über 1 500.

Die Finanzierung der Verbände erfolgt aus Umlagen und Mitgliedsbeiträgen. Sieben der 20 Verbände geben weitere Einnahmequellen an (Verkauf von Publikationen, Beteiligungen, Projekteinnahmen). In Bezug auf ihren Aufbau weisen die untersuchten Institutionen vielfach eine ähnliche Struktur mit vergleichbaren Organen auf: Mitgliederversammlung, Präsidium/Vorstand, Hauptausschuss und Verwaltung.

Wichtigste Aufgabe der Verbände ist die Interessenvertretung der Verbandsmitglieder und damit Lobbying. Von zwölf der 13 am Fragebogenrücklauf beteiligten Verbände wird diese Aufgabe als sehr wichtig oder wichtig bezeichnet. Auch die Aufgaben Beratung und Information sind für neun Verbände wichtig bzw. sehr wichtig. Weiterbildung und Forschung scheinen hingegen zu den weniger wichtigen Aufgaben zu zählen.

Mehrere Verbände unterhalten eine internationale Abteilung. So bietet der dänische Gemeindeverband internationale Beratungsleistungen zum Aufbau kommunaler Strukturen in Zentral- und Osteuropa, Asien, Afrika und Latein-Amerika an. Der Niederländische Gemeindeverband verfügt über eine eigene Gesellschaft, die VNG-International. Auch der Österreichische Städtebund unterhält internationale Aktivitäten, die auf den Know-how-Transfer für Bürgermeister und kommunale Entscheidungsträger in Osteuropa abzielen. Dem Schwedischen Verband der Gemeinden und Regionen (SALAR) ist die International Development Agency (SALA IDA) angegliedert.

3.3 Forschungs- und Beratungsinstitute

Ein Vergleich der einzelnen Untersuchungsländer in Bezug auf kommunale Forschungs- und Beratungsinstitutionen wird durch die unterschiedlichen nationalen Ausgangsbedingungen erschwert. Zwar gibt es in allen Staaten Einrichtungen, die sich mit Forschung und Beratung im Bereich Stadtentwicklung beschäftigen, allerdings weisen diese deutliche qualitative und quantitative Unterschiede auf.

Im Rahmen der vorliegenden Studie war nicht beabsichtigt, sämtliche kommunalrelevanten Forschungs- und Beratungseinrichtungen in den einzelnen Untersuchungsländern zu erfassen. Der Schwerpunkt wurde auf Institutionen gelegt, die ein breiteres Spektrum an kommunalen Themen abdecken. Damit wurden kleinere Einrichtungen, wie beispielsweise Universitätsinstitute, die zweifelsohne auch eine wichtige Rolle spielen, nur unvollständig erfasst. Zentrales Ziel der Recherche war die Untersuchung der Frage, ob es auch in anderen EU-Staaten Institutionen gibt, die von der kommunalen Ebene getragen werden und/oder explizit auf die speziellen Bedarfe von Kommunen ausgerichtet sind.

Die Ergebnisse der Untersuchung haben deutlich werden lassen, dass das nationalstaatliche Spektrum der Angebote groß ist: Es reicht von Staaten mit einem breiten Angebot an Forschungs- und Beratungsinstitutionen bis zu Ländern, in denen das Angebot eher bescheiden ist. Die höchste Dichte an einschlägigen Einrichtungen besteht offenbar in Großbritannien und den Niederlanden. In beiden Ländern gibt es neben einer großen Zahl universitärer Einrichtungen auch vielfältige andere Institutionen, die im Bereich der unmittelbaren Unterstützung von Kommunen durch Forschung und Beratung tätig sind.

¹⁷ Vgl. <http://www.falr.ro/?L=en> (Aufruf am 24.02.2009).

In Großbritannien sind dies zum einen eine Vielzahl renommierter Universitätsinstitute im Bereich der Stadtforschung und zum anderen ein privates Netzwerk (The New Local Government Network) sowie zwei Einrichtungen, die vom Verband der lokalen Gebietskörperschaften/Local Government Association getragen werden und deren Zielsetzung ausdrücklich die Unterstützung der Kommunen ist (Improvement and Development Agency for Local Government, Local Government Analysis and Research).

Auch in den Niederlanden ist der universitäre Sektor, der sich mit Fragen der kommunalen Entwicklung und unterschiedlichen Aspekten der Stadt- und Regionalforschung beschäftigt, relativ gut ausgebildet. Vom niederländischen Gemeindeverband wurde zudem das SGBO-Forschungs- und Beratungsinstitut gegründet. Das NICIS-Institut basiert auf einer Kooperation zwischen niederländischen Kommunen und verschiedenen nationalen Ministerien.

Besonderes Merkmal von Frankreich ist der große Einfluss des Staates. So wurde neben einer Reihe staatlicher Einrichtungen auch das regional orientierte Institut für städtische Planung und Entwicklung der Region Île-de-France (IAURIF) auf Regierungsinitiative hin gegründet. Auch das kommunal getragene Institut ETD Enterprise, Territoire, Développement wird staatlich finanziert.

In Italien gibt es zwar zahlreiche Universitätsinstitute, die sich mit unterschiedlichen Aspekten öffentlicher Verwaltung, urbaner Steuerung oder kommunaler Finanzen beschäftigen, jedoch scheint es an Institutionen mit multisektoralen Ansätzen zu mangeln. Beratungs- und Unterstützungsleistungen erhalten die Kommunen vor allem durch die Agentur FORMEZ, die von staatlichen, regionalen und kommunalen Institutionen finanziert wird.

Tabelle 5: Trägerschaften ausgewählter Forschungs- und Beratungsinstitute ^{a)}

	Gesamt	kommunal	universitär	staatlich	privat	andere
Dänemark	3	1	1	1 ^{b)}	-	-
Finnland	4	1	1	-	2	-
Frankreich	4	1	-	3 ^{c)}	-	1 (regional)
Großbritannien	12	2	6		4	-
Italien	4	2	2	1 ^{d)}	-	-
Niederlande	6	2	4	1 ^{e)}	-	-
Österreich	5	1	1	-	2	1 (AdW) ^{f)}
Polen	4	-	2	1	-	1 (AdW)
Rumänien	4	-	-	1	2	1 (AdW)
Schweden	4	-	3	1		-
Schweiz	4	-	3	-	1	-
Spanien	3	1	3 ^{g)}	-	-	-
Tschechien	4	1	1	1	-	1 (AdW)
Ungarn	3	-	-	1	1	1 (AdW)
Gesamt	64	12	27	11	12	6

Quelle: eigene Zusammenstellung.

- a) Bei gemeinschaftlicher Trägerschaft unterschiedlicher Ebenen sind die jeweiligen Institute beiden Rubriken zugeordnet und mit einer Fußnote versehen. Zur Errechnung der Gesamtzahlen der Institute in den einzelnen Ländern (zweite Spalte) wurden sie selbstverständlich nur einmal gezählt.
- b) Das Dänische Bauforschungsinstitut wird vom Ministerium für Ökonomie und wirtschaftliche Angelegenheiten und der Universität Aalborg getragen.
- c) An dem Institut ETD sind sowohl staatliche als auch kommunale Institutionen beteiligt.
- d) An dem Institut FORMEZ sind neben einem Ministerium auch kommunale Spitzenverbände beteiligt.
- e) Das Niederländische Institut für städtische Innovationsforschung (NICIS) wird von Städten und Ministerien getragen.
- f) AdW: Akademie der Wissenschaften.
- g) Das Barcelona-Institut für Regional- und Stadtforschung wird von universitären und kommunalen Akteuren getragen.

In den neuen EU-Mitgliedstaaten Ungarn, Polen, Rumänien und der Tschechischen Republik ist das kommunale Beratungs- und Forschungsangebot quantitativ begrenzt. Dies gilt auch für Spanien.

Schweden, Dänemark, Finnland, die Schweiz und Österreich, die alle zu den „kleineren“ Staaten der Untersuchung gehören, weisen hingegen – auch im Verhältnis zu ihrer Größe – ein beachtliches Angebot an Forschungs- und Beratungseinrichtungen auf.

Im Hinblick auf die Trägerschaft stehen in allen Ländern wissenschaftliche Einrichtungen im Vordergrund (die Trägerschaft liegt hier in der Regel bei Universitäten oder Akademien der Wissenschaften). 33 und damit mehr als die Hälfte von insgesamt 64 einbezogenen Institutionen fallen in diese Kategorie.

Der im Zentrum der Untersuchung stehenden Frage entsprechend kam Einrichtungen in kommunaler

Trägerschaft besondere Beachtung zu. In neun der 14 Untersuchungsländer wurden insgesamt zwölf Institute in kommunaler Trägerschaft bzw. mit kommunaler Beteiligung genannt. Eine Sonderrolle nehmen dabei die kommunalen Institute in Österreich und Spanien ein. Zwar werden diese Institute kommunal getragen bzw. weisen eine kommunale Beteiligung auf, die kommunale Trägerschaft beschränkt sich aber jeweils auf nur eine Stadt. So wird das Europaforum Wien ausschließlich von der Stadt Wien getragen, auch wenn neben Wien auch andere österreichische Städte zu den Auftraggebern des Institutes gehören. Als kommunaler Partner im Trägerkonsortium des Barcelona-Instituts für Regional- und Stadtforschung, das sich auf die Region Katalonien konzentriert, fungiert allein die Stadt Barcelona. Diese beiden Institute können daher, obwohl kommunal getragen, nur bedingt mit einer Einrichtung wie dem Difu verglichen werden.

Tabelle 6: Institute in kommunaler Trägerschaft

Land	Institut	Themenfelder
Dänemark	Institut für Kommunalforschung AKF	- Lebensbedingungen und soziale Initiativen - Bildung - Umweltschutz - Gesundheit - Integration ethnischer Minderheiten - Arbeitsmarkt - öffentliche Wirtschaft und Organisation - Regionalentwicklung
Finnland	Efeko	- Management und Führung - Management in der Verwaltung - Gesundheit und Soziales - Bildung und Kultur - Umwelt und Technologie
Frankreich	ETD Enterprise, Territoire, Développement	- Wirtschaftsentwicklung - nachhaltige Entwicklung - räumliche Planung und Verwaltung - Umwelt und Energie - kommunale Dienstleistungen
Großbritannien	Local Government Analysis and Research (LGAR)	- Kommunalpolitik - Kriminalität und Sicherheit - Bildungswesen - Umwelt - strategische Planung - kommunale Finanzen - Bevölkerung und Migration - Soziales
	Improvement and Development Agency for Local Government (IDEA)	- Stärkung lokaler Demokratie - Leistungssteigerung lokaler Räte - Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen

Fortsetzung Tabelle 6: Institute in kommunaler Trägerschaft

Land	Institut	Themenfelder
Italien	CITTALIA Sr ^{a)}	- Kommunalpolitik - Governance - kommunale Selbstverwaltung - Sozialpolitik
	FORMEZ	- Reform der öffentlichen Verwaltung - Wirtschaftsentwicklung - soziale Entwicklung - Governance - E-Government
Niederlande	Niederländisches Institut für städtische Innovationsforschung (NICIS)	- Stadtforschung - öffentliche Verwaltung - Wirtschaft und Innovation - Bildung und Arbeit - Sicherheit - Sozialwesen und Integration - Wohnen - Governance
	SGBO-Forschungs- und Beratungs-institut	- soziale Entwicklung - Sicherheit - Stadtentwicklung - Arbeitsmarkt - Governance - Organisation und Dienstleistungen
Österreich	Europaforum Wien	- grenzüberschreitende Kooperation in der erweiterten EU - Standortwettbewerb der Städte - Stadtentwicklung und Infrastrukturpolitik in der EU - europäische Städtepolitik und Städtenetzwerke - Gesellschaft und Integration - Reform und Entwicklung von Demokratie und Institutionen in Europa
Spanien	Barcelona-Institut für Regional- und Stadtforschung	- Lebensbedingungen - Kriminalität und Sicherheit - räumliche Planung - Wirtschaft und Arbeitsmarkt - Mobilität und Verkehr - Wahrnehmung und Nutzung des Territoriums
Tschechien	MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen	- Aufbau und Stärkung der öffentlichen Verwaltung - sozio-ökonomische Entwicklung - Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren

Quelle: eigene Zusammenstellung.

- a) Des Weiteren sind dem Verband das Institut für kommunale Finanzen und Wirtschaft (IFEL Istituto per la Finanza e l'Economia Locale) sowie das Unternehmen ANCITEL, das den Kommunen Service- und Beratungsleistungen vor allem im IT-Bereich bietet, angegliedert.

In Bezug auf ihre Mitarbeiterzahlen weisen die ermittelten Institute deutliche Unterschiede auf. Diese variieren von weniger als zehn bis zu 100 und mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die zwölf Institute mit 100 und mehr Beschäftigten verteilen sich auf neun Länder: Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Rumänien, Schweiz, Tschechien, Ungarn¹⁸.

4. Untersuchungsergebnisse 2: Befragung der kommunalen Spitzenverbände

4.1 Aktuelle Themen der Städte

Die folgenden Aussagen über aktuelle kommunale Themenfelder und Herausforderungen für die absehbare Zukunft (bis zum Jahre 2030) beruhen auf der bei 20 kommunalen Spitzenverbänden durchgeführten Umfrage. Infolge der nur geringen Zahl der Befragten und des begrenzten Rücklaufs (13) können diese Aussagen keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Sie geben einen ersten Überblick, der allerdings durch Ergebnisse anderer Erhebungen bestätigt wird.

Auf die Frage nach den Themen, mit denen Städte heute konfrontiert sind, sollten nur die fünf wichtigsten von 16 thematischen Vorgaben angegeben werden.

Die von den Beteiligten am häufigsten genannten Themen sind die Bereiche Wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen und Kommunale Finanzen. In knapp der Hälfte der untersuchten Staaten werden auch die Bereiche Verkehr, Demographischer Wandel und Wohnungsversorgung/-mangel zu den aktuell relevanten Themen gezählt.

Themen wie Arbeitsmarkt, räumliche Segregation, Migration/Integration, Kriminalität/Sicherheit, Verwaltungsstrukturen/Modernisierung sowie soziale Polarisierung/Armut wurden nur von einem Drittel der Befragten genannt.

Am unteren Ende der Bedeutungsskala finden sich die Themen Europa/Europäische Integration, Interkommunale Kooperation sowie Stadtteilentwicklung (mit zwei bis drei Nennungen), Daseinsvorsorge, Großstädtische Verwaltungsstrukturen und Infra-

struktur (mit je einer Nennung). Innenstadtentwicklung und Einzelhandelsentwicklung wurden in keinem der untersuchten Länder zu den zentralen aktuellen Themen gezählt.

4.2 Kommunale Herausforderungen für die nähere Zukunft

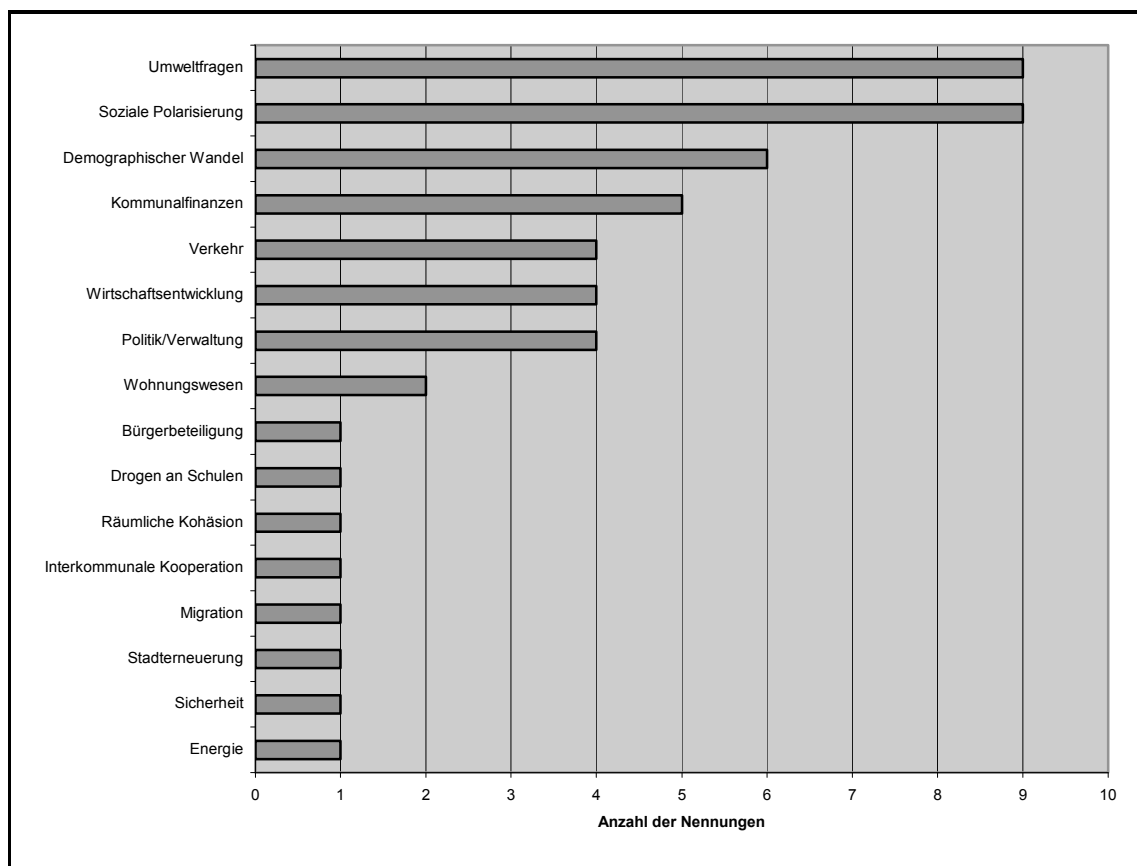
Die am häufigsten genannten Herausforderungen für die Zukunft sind Umweltfragen, Soziale Polarisierung sowie Demographischer Wandel. Die Themen Kommunalfinanzen, Politik/Verwaltung, Wirtschaftsentwicklung sowie Verkehr erhielten vier bis fünf Nennungen. Der Bereich Wohnungswesen wurde zweimal genannt, eine Reihe weiterer Themen lediglich einmal¹⁹.

Insgesamt fällt die relativ große Heterogenität der Themenbereiche auf. Eine übereinstimmende Einschätzung zukünftiger Herausforderungen ist in den einzelnen Staaten der Untersuchung nicht zu erkennen. Allein bei den Themen Soziale Polarisierung und Umweltfragen gibt es eine weitgehende Gemeinsamkeit: Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen hier die zentralen Herausforderungen der Zukunft.

¹⁸ In Frankreich, den Niederlanden und Ungarn wurden jeweils zwei Institute mit 100 und mehr Beschäftigten ermittelt.

¹⁹ Bei dieser offenen Frage nach den zentralen Herausforderungen für die nähere Zukunft (bis zum Jahr 2030) waren bis zu fünf Nennungen möglich. Um die breite Palette der Antworten zu strukturieren, wurden die genannten Themen 16 Bereichen zugeordnet.

Abbildung 1: Kommunale Herausforderungen der näheren Zukunft



Quelle: Difu-Befragung 2007.

4.3 Partner für Forschungs- und Beratungsleistungen

Im Gegensatz zu Abschnitt 3.3, der einen allgemeinen Überblick über die kommunalrelevanten Forschungs- und Beratungsinstitute in den Untersuchungsländern gibt, geht es im Folgenden um die Perspektive der Städte und die Beantwortung der Frage, welche Forschungs- und Beratungseinrichtungen von diesen konkret in Anspruch genommen werden. Untersucht wurde auch die Frage der Trägerschaft. Handelt es sich um staatliche Institutionen, von der kommunalen Ebene getragene Einrichtungen, Universitätsinstitute oder private Berater?

Insgesamt wurden von den 13 am Rücklauf beteiligten kommunalen Verbänden 120 Kooperationspartner genannt. Die Zahl der Nennungen reicht von einer bis zu 19 Einrichtungen. Acht der befragten 13 Verbände haben zwischen sechs und zwölf Institutionen angegeben.

In Bezug auf die Trägerschaft wurden 31 Universitätsinstitute, 28 kommunale, 26 staatliche und 23 private Einrichtungen genannt. Die Zusammensetzung fällt von Land zu Land unterschiedlich aus. Ungeachtet dieser Angaben wurden staatliche Institutionen am häufigsten als Kooperationspartner genannt: von elf der 13 befragten Verbände. Bei jeweils zehn waren es kommunale und universitäre, bei neun private Einrichtungen.

Tabelle 7: Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern

	staatlich	kommunal	universitär	privat	andere
Dänemark	- Ministerium für Finanzen - Ministerium für kommunale Behörden	- Institut für Kommunal-forschung AKF	- Universität Kopen-hagen - Universität Aarhus - CBS (Copenhagen Business School)	- verschiedene	-
Finnland	- Finnische National-fonds für Forschung und Entwicklung (SITRA) - Regierungsinstitut für Wirtschafts-forschung ^{a)} - STAKES ^{a)}	-	- Universität Tampere - Universität Turku - Technische Uni-versität Helsinki	- Finnische Be-ratungsgruppe ^{b)}	-
Frankreich	- Ministerien - SGAE Generalsekre-tariat für europäische Angelegenheiten - Ständige Vertretung Frankreichs bei der EU - interministerielle Strukturen (DIV ^{c)} , DIACT ^{d)})	- Institut für Dezen-tralisation (ID) - Verbände: AMF ^{e)} , ADCF ^{f)} , CUF ^{g)} , GART ^{h)} , USH ⁱ⁾	- CERTU ^{j)} - PUCA ^{k)} - FNAU ^{l)}	-	- CNFPT ^{m)} - HALDE ⁿ⁾ - MEDEF ^{o)}
Groß-britannien	- UK Research Councils	- IDeA ^{p)}	- viele	- viele	-
Italien	- FORMEZ	- CITTALIA Sr ^{q)} - ANCITEL ^{r)} - IFEL ^{s)} - ANCI IDEALI ^{t)}	-	-	-
Nieder-lande	-	- SGBO Forschungs- und Beratungsinstitut	-	-	-
Österreich	- Österreichische Raumordnungs-konferenz - Statistik Austria	- einzelne Energie-agenturen - Kommunalkredit	- Finanzwissenschaft-liches Institut (TU Wien) - Institut f. Verkehrs-wissenschaften - Universität für Bodenkultur	- Kommunal-wissenschaftliches Dokumentations-zentrum ^{u)} - PUMA ^{u)} - WIFO ^{v)}	-
Polen	- Nationales Amt für Statistik - Ministerium für Finanzen	-	-	-	-

Quelle: Difu-Befragung 2007.

- a) Nationales Forschungs- und Entwicklungszentrum für Wohlfahrt und Gesundheit
b) FCG Finnish Consulting Group
c) Délégation Interministérielle à la Ville
d) Delegation für Raumordnung und Wettbewerbsfähigkeit der Gebiete
e) Französischer Bürgermeisterverband
f) Versammlung französischer Gemeinschaften
g) Cités Unies France
h) Groupement des Autorités Responsables de Transport
i) Union Sociale de l'Habitat
j) Centre d'Études sur les Réseaux, les Transports, l'Urbanisme et les Constructions Publiques
k) Le Plan Urbanisme Construction Architecture
l) Fédération Nationale des Agences d'Urbanisme
m) Centre National de la Fonction Publique Territoriale
n) Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité
o) Mouvement des Entreprises de France
p) Improvement and Development Agency for local government
q) Forschungsinstitut des italienischen Gemeindeverbandes
r) Unternehmen des italienischen Gemeindeverbandes
s) Istituto per la Finanza e l'Economia Locale
t) Stiftung des italienischen Gemeindeverbandes
u) Public Management Consulting
v) Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Fortsetzung: Tabelle 7: Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern

	staatlich	kommunal	universitär	privat	andere
Rumänien	- Ministerium für Inneres und öffentliche Verwaltung ^{w)} - Nationales Institut für Verwaltung - Zentrale Koordinierungsstelle für die Implementierung der Strukturfondsinstrumente	-	-	- Gruppe für lokale Entwicklung - Stiftung für Zivilgesellschaft - Strukturentwicklungs-Beratungsgruppe	-
Schweden	- Boverket ^{x)} - FORMAS ^{y)}	- SALAR ^{z)}	-	-	-
Schweiz	-	-	- einzelne Universitäten und Hochschulen	-	- verschiedene kantonale Organisationen
Tschechien	- Amt für Statistik - Innenministerium - Ministerium für lokale Entwicklung - Landwirtschaftsministerium	- MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen - SMO CR ^{aa)} - AKCR (Verband der Regionen) - Tourismusverbände	- Rechtsschulen	- PR-Agenturen	- persönliche Kontakte
Ungarn	- Ministerium für kommunale Selbstverwaltung und Regionalentwicklung - Entwicklungsagentur - Ministerium für Umwelt und Wasserwesen	- andere Gemeindeverbände	- CORVINUS Universität (Fakultät für öffentliche Verwaltung)	- verschiedene Organisationen	-

Quelle: Difu-Befragung 2007.

w) Central Unit for Public Administration Reform

x) The National Board of Housing, Building and Planning

y) Swedish Research Council for Environment

z) Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen

aa) Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden

4.4 Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten

Zwischen den spezifischen Bedarfen der Städte und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten gibt es – mit Ausnahme von Italien, Großbritannien und der Schweiz – eine Reihe von Diskrepanzen. Zurückgeführt werden diese insbesondere auf die mangelnde Ausrichtung von Forschungs- und Beratungsangeboten auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen sowie das Fehlen einer multisektoralen Problembearbeitung.

Möglichkeiten zur Schließung vorhandener Diskrepanzen und damit zu einer Verbesserung der

gegenwärtigen Forschungs- und Beratungssituation werden in mehreren Ländern vor allem in einer besseren Vernetzung bestehender Einrichtungen und ihrer Leistungen sowie ihrer stärkeren Orientierung an den spezifischen Bedarfen und Ansprüchen der Kommunen gesehen. Diese Position wird von Seiten Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs geteilt. Eine Erweiterung bestehender Institute wurde in zwei Ländern gefordert (Ungarn, Tschechien). Kein Handlungsbedarf scheint hingegen in Großbritannien, Italien und der Schweiz zu bestehen; Diskrepanzen zwischen Forschungs- und Beratungsbedarfen einerseits und entsprechenden Angeboten andererseits wurden hier nicht genannt.

Am weitestgehenden sind die Forderungen aus Polen, Rumänien und Schweden. Diese Länder verfügen den Befragungsergebnissen zufolge über ein nur relativ begrenztes Angebot an Forschungs- und Beratungseinrichtungen, die sich mit kommunal-relevanten Fragestellungen befassen. Eine Möglichkeit zur Verbesserung dieser Situation und zur Reduzierung der Diskrepanzen zwischen kommunalen Bedarfen und bestehenden Beratungsangeboten sehen die kommunalen Spitzenverbände dieser Länder daher in der Einrichtung neuer Institute, die von den Kommunen bzw. den kommunalen Verbänden getragen werden.

Aussagen in Bezug auf eine Konkretisierung der genannten Verbesserungsvorschläge wurden im Rahmen der vorliegenden Studie nicht gemacht. Hierfür sind gezielte Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der kontaktierten kommunalen Spitzenverbände im Rahmen einer kleineren Folgestudie vorgesehen.

5. Ausblick: Intensivierung des kommunalen Erfahrungsaustauschs auf internationaler Ebene

Die Relevanz der vorliegenden Studie haben zwei jüngere Initiativen aus dem kommunalen Raum bestärkt, die ebenfalls kommunale Forschungs- und Beratungsbedarfe sowie -angebote im europäischen Raum zum Thema haben. In beiden Fällen geht es darum, die Beziehungen zwischen kommunaler Praxis und einschlägigen Forschungs- und Beratungsinstituten zu beleuchten und im Sinne eines Know-how-Transfers einen internationalen Erfahrungsaustausch anzustoßen.

Eine Initiative, für die der britische Kommunalverband steht, führte zu einem Treffen von Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Spitzenverbände aus mehreren EU-Staaten (Dänemark, Finnland, Großbritannien und Schweden) wie auch von RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) und Difu Anfang Dezember 2008 in Brüssel. Im Zentrum dieses Treffens stand die wechselseitige Information über kommunalnahe Forschungsaktivitäten, kommunale Forschungs- und Beratungsschwerpunkte wie auch die Beziehungen zwischen Forschung und kommunaler Praxis in den beteiligten Staaten. Ob und in welcher Weise dieser Erfahrungsaustausch fortgesetzt werden soll, blieb eine offene Frage.

Etwa zeitgleich fand ein Gespräch zwischen den Spitzen des Deutschen Städtetages und der Leitung des European Institute of Public Administration (EIPA) in Maastricht statt. Die Themen dieses Treffens reichten gleichfalls von kommunalnahen Forschungseinrichtungen und ihren Aktivitäten über zentrale kommunale Probleme und Themenstellungen bis zu Fragen der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Als Ergebnis dieser Sitzung soll gleichfalls ein internationaler Erfahrungsaustausch initiiert werden. Als Beteiligte sind hier im Gegensatz zur Initiative des britischen Kommunalverbandes weniger Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Spitzenverbände als Akteure aus kommunalnahen Forschungs- und Beratungsinstituten vorgesehen.

Die beiden Initiativen zeigen ebenso wie die Ergebnisse der Studie von Hagen und Heinz, dass kommunalorientierte Forschung – und damit das Kernstück der Difu-Arbeit – in einer steigenden Zahl von EU-Ländern an Bedeutung gewinnt. Das Deutsche Institut für Urbanistik könnte damit in Zukunft zu einem vielseitig geschätzten Kooperations- und Gesprächspartner werden.

6. Literaturverzeichnis

- Arbeit, Ute: Schweiz: Vielfältige Lösungen, in: ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Kommunal финанzen in Europa, Berlin 2003, S. 55-59.
- Association of Finnish Local and Regional Authorities und Ministry of the Interior: The Creditworthiness of Finnish Municipalities, Helsinki 2003.
- Atkinson, Rob, Ian Smith und David Sweeting: English urban governance in transformation: a paradox of decentralisation and (re)centralisation, in: Revista Crítica de Ciências Sociais, 2007, No. 77.
- Borraz, Olivier, und Patick Le Galés: France: the intermunicipal revolution, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 12-28.
- Brosio, Giorgio, und Stefano Piperno: Assessing regional and local government expenditure needs in Italy. Small achievements and big prospective issues, Paper prepared for the Seminar on expenditure needs to be held in Copenhagen, September 13 and 14, 2007.
- Bundesamt für Statistik (BFS): Schweiz – die Gemeinden, Institutionelle Gliederungen der Schweiz, Neuchâtel 2008 (http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/nomenklaturen/blank/blank/gem_liste/01.html).
- Council of European Municipalities and Regions: Local and regional structures in Europe, o.O. o.J. (http://www.ccre.org/bases/T_599_28_3524.pdf).
- Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.): Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005.
- Dexia: Die substaatlichen Haushalte in der Europäischen Union, Paris 2006.
- Erichsen, Hans-Uwe, Werner Hoppe und Adalbert Leidinger (Hrsg.): Kommunalverfassungen in Europa, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988.
- European Union: State of European Cities Report. Adding value to the European Urban Audit, 2007.
- Gabriel, Oskar W., und Everhard Holtmann (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarb. Auflage, München und Wien 2005.
- Hesse, Joachim Jens (Hrsg.): Local government and urban affairs in international perspective. Analyses of twenty Western industrialised countries, Schriften zur kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3, Baden-Baden 1991.
- Heinz, Werner (Hrsg.): Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 93, Stuttgart, Berlin, Köln 2000.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2003.
- Johnson, Nevil: Die kommunale Selbstverwaltung in England, in: Erichsen, Hans-Uwe, u.a. (Hrsg.), Kommunalverfassungen in Europa, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 19-37.
- Kommunalkredit Austria AG, Österreichischer Gemeindebund und Österreichischer Städtebund: Gemeindefinanzbericht 2008, Wien 2008.
- Lefèvre, Christian: Intraregionale Zusammenarbeit zwischen Kernstädten und ihrem Umland in Frankreich, in: Heinz, Werner (Hrsg.), Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 93, Stuttgart, Berlin, Köln 2000, S. 277-357.
- Linder, Wolf: Das politische System der Schweiz, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2003, S. 487-520.
- Local Government Association: Local Government Structures (Factsheet), o.O. o.J. (<http://www.lga.gov.uk/lga/aio/38679>).
- Mann, Thomas, und Günter Püttner (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Band 1: Grundlagen und Kommunalverfassung, Berlin, Heidelberg 2007.
- Martínez Soria, José: Kommunale Selbstverwaltung im Vergleich, in: Mann, Thomas, und Günter Püttner (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Band 1: Grundlagen und Kommunalverfassung, Berlin, Heidelberg 2007, S. 1015-1043.
- Martini, Alexander: Gemeinden in Europa. Kommunale Selbstverwaltung und Gemeinschaftsrecht, Köln 1992.
- MF ČR: Územní rozpočty v roce 2004, in: Obec a finance, No. 3, Vol. 2005 (<http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/NISPAcee/UNPAN025604.pdf>).
- Ministry of the Interior and Health: The local government reform – In brief, Copenhagen 2005, S. 13 (http://www.im.dk/publikationer/government_reform_in_brief/Kommunal_UK_screen.pdf).
- OECD: Economic survey of Hungary 2007, o.O. 2007.
- Page, Edward C.: Localism and centralism in Europe. The political and legal bases of local self-government, Oxford u.a. 1992.
- Page, Edward C., und Michael Goldsmith (Hrsg.): Central and Local Government Relations. A Comparative Analysis of West European Unitary States, London u.a. 1987.
- Pop, Luana: Autonomy of Local Government Administration in Romania, in: Soós, Gabor, u.a. (Hrsg.), The State of Local Democracy in Central Europe, Budapest 2002, S. 285-369.
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Dexia: 89 200 substaatliche Gebietskörperschaften in der Europäischen Union, Edition 2006 (http://www.ccre.org/docs/nuancier_allern.pdf).
- Rose, Lawrence E., und Krister Stahlberg: The Nordic Countries: still the 'promised land'? in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 83-99.
- Schley, Nicole, Sabine Busse und Sebastian J. Brökelmann: Knaurs Handbuch Europa, München 2004.

- Soós, Gábor, Gábor Tóka und Glen Wright (Hrsg.): The State of Local Democracy in Central Europe, Budapest 2002 (<http://lgi.osi.hu/publications/2002/100/Soos-front.pdf>).
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat): Europa in Zahlen, Eurostat-Jahrbuch 2006-07, Luxemburg 2007.
- Swianiewicz, Pavel: Poland: a time of transition, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 100-118.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division: World Urbanization Prospects. The 2005 Revision, New York 2006.
- van den Berg, Leo, Eric Braun und Jan van der Meer (Hrsg.): National Urban Policies in the European Union. Responses to urban issues in the fifteen member states, Aldershot 1998.
- van den Berg, Leo, Eric Braun und Jan van der Meer, The Netherlands, in: van den Berg, Leo, u.a. (Hrsg.), National Urban Policies in the European Union. Responses to urban issues in the fifteen member states, Aldershot 1998, S. 254-289.
- ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Kommunalfinanzen in Europa, Berlin 2003 (<http://www.kommunaler-wettbewerb.de/kofi/docs/201.pdf>).
- Walter-Rogg, Melanie, Volker Kunz und Oscar W. Gabriel: Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W., und Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarb. Auflage, München und Wien 2005, S. 411-455.
- Wegener, Alexander: Polen: Restaurierung der kommunalen Selbstverwaltung, in: ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Kommunalfinanzen in Europa, Berlin 2003, S. 63-67.
- Werner, Jan, und Anwar Shah: Equalisation and Local Taxation in Denmark, Norway and Sweden, o.O. 2005 (<http://info.worldbank.org/etools/docs/library/241117/EqualisationandLocalTaxation.pdf>).



Zitierweise: Christoph Hagen und Werner Heinz: **Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern**, Berlin 2009 (Difu-Paper)

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH

Straße des 17. Juni 110 • D-10623 Berlin

Telefon: +49(0)30/39001-0, Telefax: +49(0)30/39001-100

E-Mail: difu@difu.de • Internet: <http://www.difu.de>

Autoren: Dipl.-Geogr. Christoph Hagen, Dipl.-Ing. Dr. phil. Werner Heinz

Redaktion: Klaus-Dieter Beißwenger

DTP: Sigrid Künzel

ISSN 1864-2853, Schutzgebühr: 5,— Euro

Die „Difu-Papers“ sind für den Nach- und Abdruck in der (Fach-)Presse ausdrücklich freigegeben, wenn das Deutsche Institut für Urbanistik GmbH und die Autoren als Quelle genannt werden. Nach Abdruck oder Rezension bitten wir Sie freundlich um Übersendung eines Belegexemplars mit allen Angaben über den Erscheinungsort und das -datum. Bitte senden Sie das Belegexemplar an:

Difu-Pressestelle • Postfach 12 03 21 • D-10593 Berlin

Telefon: +49(0)30/39001-208/209, Telefax: +49(0)30/39001-130

E-Mail: Pressestelle@difu.de